

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt
Tageblatt Riesa.
Grenzstr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1580.
Verleger:
Riesa Nr. 22.

Nr. 208.

Samstag, 6. September 1930, abends.

88. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung vor. Anzeigen für die Nummer des morgigen Tages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 50 mm breite, 8 mm hohe Druckzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; Zeitrauber und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Ergänzender Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Das Ausland und die Wahlen.

qu. Seit geraumer Zeit liest man immer wieder, das Ausland verfolge den Wahlkampf in Deutschland mit besonderem Interesse und mache seine künftige Stellung von dem Ausgang der deutschen Reichstagswahlen abhängig. Es ist nun interessant, die Auslandspreise daraufhin nachzuprüfen, ob diese Behauptungen wirklich zutreffen. Man wird finden, daß die englischen Zeitungen nur höchst gelegentlich von den deutschen Wahlkämpfen Notiz nehmen, aus einigen Reden Schlussfolgerungen ziehen, im übrigen aber sich durchaus abwartend verhalten. Sie haben weder für noch gegen eine Rechtsentwicklung Stellung genommen und die Ansicht dringt durch, daß auch diese Wahlen wenig an der deutschen außenpolitischen Einstellung ändern werden. Daraus aber kommt es den Engländern allein an. Abgesehen von den wirtschaftlichen Möglichkeiten, die aber jetzt spruchreif sind und deren Beurteilung klugerweise bis nach den Wahlen verlagert ist.

Die französische Presse läßt sich schon mehr aus Deutschland berichten und registriert alles, was aus dem Rahmen fällt. Doch wäre es falsch, behaupten zu wollen, sie mische sich in die deutsche Wahlbewegung ein und spreche die Befürchtung aus, der Sieg der Nationalsozialisten könne neue Unruhe über Europa bringen. Man ist in Frankreich durch die deutschen Politik durch die bevorstehenden Wahlen nicht wesentlich beunruhigt worden kann. Wörtlich genommen. In Frankreich hat man zu dem politischen Deutschland heute großes Vertrauen. Und wenn gegen die Agitationsreden, die außenpolitische Schärfe trugen, Sturm gelaufen wurde, so entsprach das lediglich der von Frankreich immer geübten Abwehr gegen Forderungen, die eine Aenderung der jetzigen Abmachungen anstrebte. Man darf die französischen Stimmen nicht überhöhen, denn schließlich handelt es sich nur um Zeitungsmeinungen, die nicht in allen Dingen mit der offiziellen Regierungsmeinung übereinstimmen.

Aus den übrigen Ländern hört man nur das Allernotwendigste, gewissermaßen die Registrierung des deutschen Wahlkampfes. Auch aus Amerika wird nur das berichtet: Man glaube dort, daß die Wahlen Deutschland nicht erschüttern. Aber Amerika ist wieder rein wirtschaftlich eingestellt und unterliegt vor allem, ob ein Sieg der Rechten oder der Linken für den Aufbau praktischer wäre. Man neigt nun mehr zu der Ueberzeugung, es werde eine Einkreisung kommen und diese verdiene soviel Vertrauen, daß man mit einem neuen Aufstieg Deutschlands rechnen könne. Aber die logische Folge dieser Argumentation ist doch, daß zunächst die größte Zurückhaltung in der Warenlieferung auf Kredit und in der Vergabe von Krediten überhaupt bemerkbar wird. Falls es jedoch, wenn eine Berliner Zeitung behauptet, das Ausland kündigt die Deutschlandkredite und werde Deutschland in große Schwierigkeiten bringen, weil Anleihen in einer Höhe von 6 Milliarden sofort kündbar sind. Wäher sind derartige Kündigungen noch nicht ausgesprochen. Es könnte aber der Fall sein, wenn die Wahlen ein Ergebnis haben, das die Sicherheit dieser Anleihen gefährdet. Dabei wird das Ausland selbstverständlich gründlich unterzucht, in welchem Falle eine Unsicherheit festgestellt werden muß.

Wichtig ist allem folgendes, und der Reichskanzler hat in einer Rede bereits darauf hingewiesen, man hält sich in der Kreditvergabe in der letzten Zeit zurück und hat alle Verhandlungen hinauszugeschieben bis nach den Wahlen. So konnte das Reich nicht einmal, wie wir schon berichteten, den notwendigen Kredit für das Bauvorhaben abschließen. Diese Zurückhaltung erstreckt sich nicht allein auf Amerika, sondern auch auf Frankreich, das bereit war, Deutschland, der Regierung wie der Industrie etwa 2 Milliarden Kredite zur Verfügung zu stellen. Falls es hierbei nur wieder, daß Frankreich durch dieses Kreditangebot gewisse Vorteile einhandeln will. Es ist kein Geheimnis, daß der Geldmarkt in Frankreich so günstig liegt, daß ihm Kredit geschaffen werden muß, und so erklärt es sich, wenn deutsche Anleihen in Frankreich eine günstige Aufnahme finden, vielleicht mit dem Hintergedanken, daß dadurch die französische Industrie in Deutschland leichter Boden gewinnen kann. Mit politischen Sonderrechten hat dieses Kreditangebot nichts zu tun. Man kann sich auch gar nicht vorstellen, auf welche Weise politische Rechte verkauft werden sollen.

Im Grunde haben wir also die gleiche Erscheinung, die bisher bei jeder Wahl vorhanden war. Zurückhaltung des Auslandes, Vermeidung jeder Einmischung, Stillversprechen, wenn die Wahlen einen Ausgang nehmen, der eine Stabilität der deutschen Lage verbürgt. Und wir erleben, daß genau wie früher, von deutscher Seite diese Auslandseinstellung zur Stimmungsmache gegen oder für die einzelnen Parteien ausgewertet wird.

„Graf Zeppelins“ Flugprogramm abgeändert.

* Friedrichshafen. Graf Zeppelins Flugprogramm für die nächste Zeit ist zum Teil abgeändert worden. Die Landungsfahrt nach Moskau ist danach endgültig auf die Zeit vom 9. bis 11. September verschoben worden, vom 23. bis zum 25. September findet die geplante Ostseeahrt statt. „Graf Zeppelin“ wird Friedrichshafen gegen 17 Uhr verlassen und nach kurzer Zwischenlandung in Berlin um 24 Uhr zum Flug über die Randstaaten der Ostsee, Finnland und Schweden, aufbrechen. Auf dem Rückflug landet am 25. September eine Zwischenlandung am frühen Morgen in Berlin statt mit anschließender Tagesfahrt über Deutschland nach Friedrichshafen.

Der Prozeß des früheren Kaisers gegen die Morgenpost.

(Berlin. Die Vergleichsverhandlungen in dem Prozeß des früheren Kaisers gegen die „Morgenpost“ sind gescheitert, da Chefredakteur Wendel es ablehnte seine Behauptungen zurückzugeben. Hieraus beantragte Justizrat Manroth die Einstellung des Verfahrens nach § 378 der Strafprozeß-Ordnung, da die Unterchrift unter der Vollmacht des Klägers „Wilhelm Imperator Rex“ den gesetzlichen Bestimmungen widerspricht und demzufolge ungültig ist.

Rechtsanwalt Bloch widersprach dieser Auffassung, die Vollmacht des Kaisers sei nicht in Deutschland, sondern in Holland aufgenommen, wo die Verordnungen für preussische Behörden keine Gültigkeit besitzen und wo der Kaiser den ihm passend erscheinenden Titel führen könne. Dabei sei die ihm vom Kaiser notariell übertragene Vollmacht voll gültig und rechtswirksam und legitimiere ihn zur Vertretung an dieser Stelle vollkommen. Der Vorstehende verständete schließlich nach kurzer Beratung, daß der Antrag auf Einstellung des Verfahrens abgelehnt sei, da die Identität des Klägers durch den Notar in Holland festgestellt sei.

Rechtsanwalt Dr. Fabian stellte darauf einen Beweis-antrag, in dem behauptet wird, daß für die Firma Krupp, und zwar für Lieferungen an Panzerplatten und Geschützen ein Monopol bestanden hat. Auf die Echtheit dieses Monopols sei in aller Öffentlichkeit hingewiesen worden. Weiter führte Dr. Fabian aus, daß der Erfinder und Konstrukteur des Rohrrücklaufgeschlusses, Heinrich Ehrhardt gegen das Kruppische Monopol lange Jahre vergeblich gekämpft habe, bis ihm ein teilweiser Erfolg beschieden gewesen sei. Wie er der Kaiser mit der Firma Krupp in Verbindung gestanden habe, gebe auch daraus hervor, daß alle Auslandsvertretungen des Deutschen Reiches angewiesen worden waren, der Firma Krupp bei der Erlangung von Aufträgen beifällig zu sein.

Schreiben des Minderheitentongresses an Briand.

Genf, 6. September.

Der europäische Nationalitätenkongress, auf dem über dreihundert Minderheiten vertreten sind, hat das Ergebnis seiner zweitägigen Verhandlungen über die europäischen Einigungsbestrebungen in einem Bericht an den französischen Ministerpräsidenten Briand niedergelegt. In diesem Bericht wird betont, daß die europäischen Minderheiten am meisten an einem gesicherten Frieden interessiert sind und daran anschließend erklärt: Mit umso schmerzlicherem Bedauern glauben wir bekennen zu müssen, daß der von Ihnen unternommene Schritt hinsichtlich der von Ihnen und uns mit gleicher Leidenschaft angestrebten Befriedigung der europäischen Menschheit fühlbar wird; denn Ihre Gedankenwelt sieht nicht einseitig Staaten als die ausschließlichen Träger europäischer Vergesellschaftung an. Für die vielen Millionen europäischen Menschen, denen sich das von der Gemeinschaft des Volkstums distinkte Einheitsstreben nicht in der Erreichung einer gemeinsamen Staatslichkeit erfüllen kann, muß die europäische Union nicht allein auf der Grundlage der Staaten, sondern auf der der Völker aufgebaut werden. Niemand ist besser imstande, die großen Vorteile einer Organisation zu

werten, aus deren schöpferischer Arbeit die europäische Union entstehen soll. Jedoch kann es nicht nur darum gehen, neue Brücken von Staat zu Staat zu schlagen. Warum es sich heute vor allem handelt, ist, den Weg frei zu machen für eine Verständigung von Volk zu Volk. Dazu ist erstes Erfordernis, daß jeder europäische Mensch für sich und im engsten Zusammenhang mit seinen Volksgenossen keinem Volkstum leben darf. Allen gegenseitigen Versicherungen zum Trost gehören indessen Einmündigungswilligen und Unterbindung vollstäniger Zueinanderfindens zum eisernen Bestande staatlicher Innenpolitik. Deshalb rufen wir an Ew. Exzellenz, der Sie im Völkerbund zum berechneten Anwalt der Befriedigung und Vereinigung Europas wurden und der Sie das Lebensrecht jedes Volkstums anerkennen, den dringenden Appell: Treten Sie mit dem ganzen Gewicht Ihrer überragenden Persönlichkeit an unserer Seite und sehen Sie sich dafür ein, daß Sie die Evolution zu einer gesamt-europäischen Lebensgemeinschaft nicht allein auf den Notwendigsten der Wirtschaft und den Interessen der Staaten, sondern, gestützt auf die Forderungen höchster Gerechtigkeit, auch auf der Zusammenarbeit zwischen den Völkern aufbauen.

Denkschrift gegen die Nationalsozialisten.

(Berlin. Im Streit zwischen dem Reichsinnenministerium und der thüringischen Staatsregierung um die Polizeikommissariate vor dem Staatsgerichtshof begründet das Reichsinnenministerium bekanntlich die Einbeziehung der Verwendung von nationalsozialistischen leitenden Polizeibeamten in Thüringen. Diese geben nicht die Gewähr dafür, daß die ihnen unterstellte Polizei im Falle von Unruhen ein durchaus zuverlässiges Mittel in der Hand der Regierung sei, denn die NSDAP. verfolge selbst höchstzweckmäßige Ziele. Die NSDAP. hat jetzt bekräftigt, daß sie die bestehende Verfassung umstoßen wolle. Wie wir von unrichtiger Seite hören, hat die thüringische Staatsregierung dem Staatsgerichtshof keine eigene Denkschrift eingereicht, sondern einfach diese Erklärung der NSDAP. dem Bericht übermittelt. Die Reichsregierung hat ihrerseits dem Gerichtshof eine Denkschrift angeleitet, in der die hochverrätherischen Ziele der NSDAP. dargelegt werden.

In der 68 Seiten umfassenden Schrift wird zunächst eine kurze Geschichte der alten NSDAP. und des Hitler-Bundes von 1923 gegeben. Dann werden die Ziele der neuen NSDAP. skizziert, die nach Aufhebung des Verbots der alten Partei neu gegründet wurde, aber nach der Denkschrift des Reichsinnenministers die Ziele der bisherigen Partei ohne jede Aenderung übernommen habe. Für die Erreichung ihrer Ziele, sagt die Denkschrift, seien den Nationalsozialisten alle Mittel recht. Zum Beweise dafür führt die Denkschrift eine große Zahl von Auszeichnungen führender Nationalsozialisten an. So kommt die Denkschrift zu folgendem Schlussergebnis: Die NSDAP. erstrebt mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln den gewaltsamen Umsturz

der auf der Weimarer Verfassung begründeten deutschen Republik. Sie führt bezeugt, aber mit anderer Latenz, die Politik, die im Jahre 1923 zu dem Hitler-Putsch führte, fort. Die bei dem Scheitern dieses Putsches gemachten Erfahrungen haben die Partei veranlaßt, in planmäßigen Etappen eine neue Revolution vorzubereiten, deren Ziel die Aufrichtung eines diktatorisch organisierten rein völkischen Staates ist. Die Partei selbst und die von ihr geschaffenen Organisationen sind so aufgebaut, daß sie alle als geschlossene militärisch disziplinierte Kampftruppen bei dem beabsichtigten Umsturz eingesetzt werden können. Soweit sich Nationalsozialisten am parlamentarischen Staatsleben beteiligen, tun sie es zu dem ausgesprochenen Zweck, den Staat und seine Machtmittel von innen heraus zu unterhöhlen, um den Generalangriff durch Schwächung der inneren Widerstandskraft des Staates zu erleichtern. Sie fühlen sich schon jetzt gerufen, um unter Anwendung von brachialer Gewalt den Umsturz herbeizuführen. Ihre gegenwärtige Tätigkeit besteht darin, sich selbst eine Reichsregierung innerhalb des Staates zu sichern, durch bewusste staatsfeindliche Politik, durch Verletzung der Machtmittel des Staates und durch weitere Schulung ihrer eigenen Machtmittel die Vorbedingungen für den sicheren Erfolg der von der Partei in naher Zeit zu entfachenden Revolution zu schaffen. — Man kann nun leider nicht umhin, festzustellen, daß dieses amtliche Gutachten anscheinend Material für den Wahlkampf liefern soll. Schon die recht überhöhte Gasse, mit der man diese Denkschrift herausbringt — man hat noch nicht einmal Zeit gefunden, die Denkschrift drucken zu lassen, sie wird lediglich in hektographierten Exemplaren verbreitet — zeigt, daß es Dr. Wirth anscheinend darauf ankommt, den gegen die Nationalsozialisten im Kampfe stehenden Parteien Material an die Hand zu geben.